

Fragen

**für die Fragestunde der 174. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Mai 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	17, 18	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	19
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	46, 47	Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	39, 40
Dr. Brauksiepe, Ralf (CDU/CSU)	37, 38	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	3, 29
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	31, 50	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	20, 49
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	24, 32	Müller, Hildegard (CDU/CSU)	9, 48
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	27, 28	Niebel, Dirk (FDP)	5, 6
Grund, Manfred (CDU/CSU)	41, 42	Pau, Petra (fraktionslos)	23, 45
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	43, 44	Schauerte, Hartmut (CDU/CSU)	35, 36
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	7, 8	Storm, Andreas (CDU/CSU)	10, 11
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	21, 22	Straubinger, Max (CDU/CSU)	12, 30
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	1, 2	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	4
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	33, 34	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	15, 16
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	25, 26	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) ...	13, 14

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im Nachgang zur Verabschiedung des sog. Alkopopsteuergesetzes zur Umsetzung der von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages gefassten und vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Beschlüsse (Bundestagsdrucksache 15/3084) unternommen, um die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen im Zusammenhang mit dem Verkauf/Erwerb bzw. dem Ausschank von alkoholischen Getränken durchzusetzen?
2. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Welche Bestimmungen gibt es hinsichtlich einer Schulungspflicht des Handels für seine Mitarbeiter über die Einhaltung der Vorschriften des Jugendschutzgesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Welche Gesetzesvorhaben bzw. Gesetzesänderungen will die Bundesregierung bis zur nächsten Bundestagswahl umsetzen, um Investoren, die Unternehmen nur kaufen, um ihnen Kapital zu entziehen und sie anschließend zu liquidieren, in ihren Handlungsmöglichkeiten einzuschränken?
4. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)

Wann ist mit einer vollständigen Liste der Gesetze und Rechtsverordnungen aus dem Bereich des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) zu rechnen, die laut Pressemitteilung des BMJ vom 4. Mai 2005 (Quelle: <http://www.bmj.bund.de>) abgeschafft werden sollen, und bis wann soll die Abschaffung erfolgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Wie groß sind die Mengen an Linsen, Reis, Kondensmilch und Vollmilchpulver, die im Rahmen der zivilen Notfallreserve gelagert werden, und welche Kosten verursacht die Lagerung? |
| 6. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(FDP) | Müssen Maßnahmen in Bezug auf Belüftung, Kühlung oder Schutzatmosphäre getroffen werden, und ist eine ökologisch verträgliche Lagerung gewährleistet? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Können Forderungen für Meliorationsanlagen, die vor 1990 errichtet wurden, gegenüber den heutigen Eigentümern auch dann geltend gemacht werden, wenn die Kosten bereits bei der Bemessung des abfindungsrelevanten Eigenkapitals der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) abgezogen wurden? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Muss die Vermögensauseinandersetzung für ausgeschiedene Mitglieder ehemaliger LPGs neu geführt werden, wenn Forderungen für Meliorationsanlagen, die vor 1990 errichtet wurden, geltend gemacht werden, die bereits bei der Bemessung des abfindungsrelevanten Eigenkapitals der LPG abgezogen wurden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und
Soziale Sicherung**

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordnete
Hildegard
Müller
(CDU/CSU) | Wie verteilen sich die Mehreinnahmen in Höhe von 20 Mrd. Euro infolge des geplanten Vorziehens des Zahlungstermins für die Sozialbeiträge auf die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung?*) |
|--|--|

*) Siehe hierzu auch Frage 48.

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Andreas Storm
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen haben die Einbrüche bei den Beitragseinnahmen im ersten Quartal 2005 und die Korrektur der offiziellen Wachstumsprognose vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, auf die weitere Entwicklung der Rentenfinanzen in diesem Jahr und im nächsten Jahr? |
| 11. Abgeordneter
Andreas Storm
(CDU/CSU) | Welche finanziellen Belastungen ergeben sich für die Haushalte des Bundes, der Länder und Kommunen im kommenden Jahr durch die geplante Neuregelung, wonach der Zahlungstermin für die Sozialbeiträge vom 15. des Folgemonats auf das Ende des Monats verlegt wird, in dem die Arbeitsleistung erbracht wurde? |
| 12. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) | Wird nach Einschätzung der Bundesregierung durch das geplante Vorziehen des Zahlungstermins für die Sozialbeiträge nicht das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst aus dem Jahr 2003 revidiert, wonach man den Ländern und Kommunen durch die Umstellung des Zahlungstermins der Löhne und Gehälter von der Monatsmitte auf das Monatsende zusätzliche finanzielle Spielräume schaffen wollte, und wie sollen nach Meinung der Bundesregierung die Länder und Kommunen diese Konsequenzen angesichts ihrer angespannten Finanzlage auffangen?*) |
| 13. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage der Liquiditätsentzug der Betriebe infolge des geplanten Vorziehens des Zahlungstermins für die Sozialbeiträge deren finanzielle Situation noch weiter verschärfen und damit zahlreiche Arbeitsplätze kosten werde (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 2005)? |
| 14. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Betriebe, die Löhne und Gehälter auf Stundenbasis berechnen, die Entgeltabrechnung erst nach Monatsende vornehmen können, weil erst dann das zu vergütende Stundenvolumen und die zu leistenden Zuschläge für Überstunden feststehen, und damit die geplante Umstellung des Zahlungstermins für die Sozialbeiträge überhaupt nicht bewerkstelligen könnten bzw. die Entgeltberechnung ständig korrigieren müssten, was den Verwaltungs- und Kos- |

*) Siehe hierzu auch Frage 30.

tenaufwand der Lohn- und Gehaltsabrechnung gerade für mittelständische Betriebe weiter erhöhen würde (vgl. Presse-Information Nr. 31/2005 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 29. April 2005)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|---|--|
| 15. Abgeordneter
Peter
Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung im Zuge der vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, angekündigten Ausdehnung der Mautpflicht für Lastkraftwagen auf die als typische Ausweichstrecken genutzten Bundesstraßen ab 2006 (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. April 2005) auch die Bundesstraße B 3 zwischen Karlsruhe und Basel in die Mautpflicht einbeziehen, und wenn ja, für welche Streckenabschnitte soll dann die Lkw-Maut gelten? |
| 16. Abgeordneter
Peter
Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Welche Kriterien legt das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen der Einstufung eines Bundesstraßenabschnitts als Ausweichroute zu Grunde? |
| 17. Abgeordnete
Veronika
Bellmann
(CDU/CSU) | Welchen jeweiligen Umsetzungsstand weisen die im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) als „Neue Vorhaben/Vordringlicher Bedarf“ für die Bundesstraße B 101 vorgesehenen Baumaßnahmen innerhalb Sachsens auf, und inwieweit ist die Finanzierung dieser Vorhaben gesichert? |
| 18. Abgeordnete
Veronika
Bellmann
(CDU/CSU) | Welchen jeweiligen Umsetzungsstand weisen die im BVWP als „Neue Vorhaben/Vordringlicher Bedarf“ für die Bundesstraße B 173 vorgesehenen Baumaßnahmen innerhalb Sachsens auf, und inwieweit ist die Finanzierung dieser Vorhaben gesichert? |

19. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)
- Welche Fortschritte zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Bau des Grenzübergangs Ostritz (Kloster Marienthal)–Ruszdorf (Posada) wurden bisher erzielt, und wann rechnet die Bundesregierung mit dem Baubeginn?
20. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Welche Streckenabschnitte des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 8.1 des BVWP, der ICE-Trasse Nürnberg–Coburg–Erfurt werden in den Jahren 2005 bis 2008 gebaut werden, und welche kommen zusätzlich zu den bereits fest für die Jahre 2005 bis 2008 geplanten Abschnitten aufgrund des von der Bundesregierung zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aufgelegten Programms über 2 Mrd. Euro hinzu?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

21. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Informationen über das partielle Wiederaufflammen des Grenzkonflikts zwischen Eritrea und Äthiopien im Vorfeld der Parlamentswahlen in Äthiopien am 15. Mai 2005, und wie schätzt die Bundesregierung die Aussicht auf langfristige Beilegung dieses Konflikts nach den Wahlen in Äthiopien ein?
22. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Informationen über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen Ägypten, Sudan und Äthiopien zur Nutzung des Nilwassers vor, und wenn ja, zeichnen sich nach Auffassung der Bundesregierung in dieser Frage zwischenstaatliche Konflikte ab?
23. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Wie viele Atomwaffen werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelagert, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um auf die US-Regierung einzuwirken, damit diese ihre Atomwaffen aus Deutschland zurückzieht und vernichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 24. Abgeordneter
Albrecht
Feibel
(CDU/CSU) | Wie viele Bedienstete des Bundesgrenzschutzes (BGS) müssen am Flughafen Saarbrücken-Ensheim eingesetzt werden, um eine ausreichende Sicherheitskontrolle zu gewährleisten, und um wie viele Bedienstete des BGS lässt sich die derzeitige Anzahl reduzieren, um Kosten einzusparen? |
| 25. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | In welchem Umfang wurde seit 1998 von den Instrumenten Leistungsprämien, Leistungsstufen und Leistungszulagen im Einzelnen in der Bundesverwaltung (oberste Bundesbehörden und nachgeordneter Bereich insgesamt) Gebrauch gemacht, und welche Wirkungen hatte der Einsatz dieser Leistungsanreizsysteme auf Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter? |
| 26. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | In welcher Form wurden diese Wirkungen ermittelt, und welche Ergebnisse hatten – sofern erfolgt – entsprechende Befragungen von Vorgesetzten, Mitarbeitern und Personalvertretungen? |
| 27. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Können in Ausweisdokumente, bei denen zunächst nur das Passbild auf einem Chip gespeichert wird, nachträglich biometrische Merkmale gespeichert werden, ohne ein neues Dokument ausstellen zu müssen, und welchen Zeitplan hat die Bundesregierung bei der Einführung biometrischer Merkmale in Ausweisdokumenten für den Fall, dass technische Probleme bei der Gesichtsfeldererkennung die Speicherung dieses Merkmals verzögern? |
| 28. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Welche Voraussetzungen müssen deutsche Pässe erfüllen, damit Deutsche ab Oktober 2005 ohne Visum in die USA einreisen können, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung bis dahin umsetzen, damit die Einreise ohne Visum möglich bleibt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzs**
(fraktionslos)
- Welche verbindlichen Zusagen oder Selbstverpflichtungen von Großunternehmen oder Unternehmervereinigungen für mehr Investitionen im Inland gibt es als Gegenleistung für die Absenkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent, und durch die Schließung welcher Steuerschlupflöcher wird die Absenkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent gegenfinanziert?
30. Abgeordneter
**Max
Straubinger**
(CDU/CSU)
- Haben die einmaligen Mehreinnahmen von 20 Mrd. Euro im kommenden Jahr infolge des geplanten Vorziehens des Zahlungstermins für die Sozialbeiträge Auswirkungen auf die Ermittlung der 3-Prozent-Defizitgrenze nach dem Maastricht-Vertrag, und wenn ja, in welchem Umfang wird das Haushaltsdefizit durch diese Maßnahme reduziert?*)
31. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung eine Studie der Fachzeitschrift „Finance“ bekannt, wonach sich bei Unternehmen mit Finanzinvestoren, den so genannten Privat-Equity-Gesellschaften, die Zahl der Mitarbeiter um 4,5 Prozent pro Jahr erhöht hat (vgl. WirtschaftsWoche vom 28. April 2005), und wie beurteilt sie diese Erkenntnisse vor dem Hintergrund der so genannten Kapitalismus-Debatte?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

32. Abgeordneter
**Albrecht
Feibel**
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die damaligen Umstellungskosten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) auf Bundesagentur für Arbeit, und welche Kosten entstehen nun zusätzlich zu den 100 000 Euro Entwicklungskosten für das neue Logo der Bundesagentur, zum Beispiel für Briefumschläge, Briefpapier, Beschilderung der Liegenschaften usw.?

*) Siehe hierzu auch Frage 12.

**) Siehe hierzu auch Frage 50.

- | | |
|---|---|
| 33. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Was hat die Neufassung des Logos der BA insgesamt gekostet, und von wem ist die Neufassung durchgeführt worden? |
| 34. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Wer hat die Umstellung des Logos der BA angeordnet und trägt für diese Entscheidung die Verantwortung? |
| 35. Abgeordneter
Hartmut
Schauerte
(CDU/CSU) | Unterstützt die Bundesregierung die Änderung des Logos der BA? |
| 36. Abgeordneter
Hartmut
Schauerte
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung die mit der Neufassung des Logos der BA verbundenen Kosten für sinnvoll eingesetzte Beitragsmittel? |
| 37. Abgeordneter
Dr. Ralf
Brauksiepe
(CDU/CSU) | Wann ist ein Vertreter des BMWA über die Pläne der BA zur Änderung des Logos informiert worden? |
| 38. Abgeordneter
Dr. Ralf
Brauksiepe
(CDU/CSU) | Hat der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit diese Pläne unterstützt? |
| 39. Abgeordneter
Karl-Josef
Laumann
(CDU/CSU) | Ist der Auftrag zur Neufassung des Logos der BA öffentlich ausgeschrieben worden? |
| 40. Abgeordneter
Karl-Josef
Laumann
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen ist das Logo der BA geändert worden? |
| 41. Abgeordneter
Manfred
Grund
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung die Praxis von Arbeitsagenturen bekannt, keine Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose zu fördern, deren Förderung mit Arbeitslosengeld I während oder nach Durchführung der Maßnahme endet, weil angeblich die Zuständigkeit für die Zahlung von Arbeitslosengeld II unge- |

klärt sei, obwohl eine Einstellungszusage eines Arbeitgebers bei erfolgreichem Maßnahmeabschluss vorliegt, und wie bewertet sie diese?

42. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung gegebenenfalls durch entsprechende rechtliche Regelungen sicherstellen, dass künftig auch der in der Frage zuvor beschriebene Personenkreis nicht weiter von geförderten Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen bleibt?

43. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

In welcher Weise wird die Bundesregierung auf die sich immer mehr verdichtenden Hinweise reagieren, dass die beruflichen Rehabilitationen behinderter Jugendlicher wegen Geldmangels bei der BA, wegen Rechtsunklarheiten nach der Hartz-IV-Einführung oder aus sonstigen Gründen auch bei gesetzlichen Pflichtleistungen nicht mehr im notwendigen Umfang erbracht werden (vgl. Hersfelder Zeitung vom 3. Mai 2005), und ist sie insofern bereit, ihre Position in den Antworten des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Rudolf Anzinger, vom 22. März 2005 auf meine schriftlichen Fragen 35 und 36 auf Bundestagsdrucksache 15/5181 – wonach die Handlungs- und Budgetkompetenz nach Mitteilung der BA ausreichend sei – zu verändern?

44. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung bisher entwickelt, um gemeinsam mit den Vertretern der Behinderten, den Berufsbildungs- und -förderungswerken, Rehabilitationszentren sowie betroffenen Kommunen eine langfristige Zukunftssicherung dieser Aufgabe zu erreichen, und inwieweit ist daraus ein umfassendes Konzept zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtleistungen entstanden, das vor allem den behinderten Jugendlichen die zustehenden Leistungen garantiert?

45. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass Studierende, welche mit Leistungsempfängenden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zusammenleben, in die Bedarfsgemeinschaft eingerechnet werden, und widerspricht die Anrechnung freiwilliger Unterhaltsleistungen der Eltern dem Ansinnen der Bundesregierung, Studierende nicht unter das SGB II fallen zu lassen?

46. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen des von Bundesminister Wolfgang Clement angekündigten „Beschäftigungspaktes für 58-jährige Arbeitslose“ (Pressemitteilung des BMWA vom 19. April 2005), und wie soll das Maßnahmevolumen auf die Bundesländer aufgeteilt werden?
47. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Wie soll die Finanzierung der Maßnahmen erfolgen, und wie weit ist bei der Umsetzung dieses zentralen Programms für ältere Arbeitslose mit einer Beanspruchung von Mitteln zu rechnen, die nach bisheriger Planung den Arbeitsgemeinschaften bzw. Optionskommunen (SGB II) zustehen?
48. Abgeordnete
Hildegard Müller
(CDU/CSU)
- Sollen die durch die geplante Maßnahme entstehenden Mehreinnahmen in der Arbeitslosenversicherung den Beitragszahlern in Form einer Beitragsatzsenkung zugute kommen, und wenn ja, wie will die Bundesregierung dies sicherstellen?*)
49. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Unternehmen in Oberfranken zählen nach Auffassung der Bundesregierung zusätzlich zu der vom Staatsminister im Bundeskanzleramt, Rolf Schwanitz, explizit genannten HUK-Coburg-Versicherungsgruppe (vgl. Coburger Tageblatt vom 27. April 2005) zu denjenigen positiven Beispielen von Unternehmen, die sich erwähnenswert für die Region und ihre Menschen einsetzen?
50. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass eine Kapitalanlage-Firma der SPD, die sich DDVG abkürzt, bei der Übernahme der „Frankfurter Rundschau“ innerhalb eines Jahres ein Drittel der Arbeitsplätze abgebaut hat (vgl. Berliner Zeitung vom 2. Mai 2005), und wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung vor dem Hintergrund der so genannten Kapitalismus-Debatte, an der sich auch einzelne Vertreter der Bundesregierung beteiligt haben?**)

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

**) Siehe hierzu auch Frage 31.